



DIE GRÜNEN im Lohmarer Rat, Rathaus, 53797 Lohmar

An den Bürgermeister
der Stadt Lohmar
Rathausstraße 4
53797 Lohmar

Horst Becker
Matthias-Claudius-Weg 9
53797 Lohmar
02206 85181
horst.becker-lohmar@t-online.de

Lohmar, 07.09. 2013

Sehr geehrter Herr Röger,

setzen Sie bitte den folgenden Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates:

Kein Kauf von Rhenag-Anteilen durch den Rhein-Sieg-Kreis!

Dazu stellen wir folgenden **Antrag**:

Die Stadt Lohmar spricht sich gegen einen Kauf von Rhenag-Anteilen durch den Rhein-Sieg-Kreis aus. Der Rat der Stadt Lohmar bezieht sich dabei auf

- *die nach dem vorliegenden Nachtragshaushalt des Kreises offensichtlich vorliegenden finanzwirtschaftlichen Risiken einer auf 30 Jahre kreditfinanzierten Beteiligung*
- *die Risiken für kommunale Stadtwerke kreisangehöriger Kommunen im Falle einer durch den Rhein-Sieg-Kreis finanzierten Minderheitsbeteiligung an einem von RWE als Mehrheitsaktionär gesteuerten Wettbewerber*
- *sowie die energiepolitisch nicht vorliegenden, aber behaupteten Einflussmöglichkeiten*

Begründung:

Finanzwirtschaftliche Risiken

Der behauptete sichere „Deal“ für die Kreisfinanzen liegt nicht vor. Im Gegenteil: Die von der Kreisverwaltung angesetzte Renditeerwartung fußt auf einer willkürlich erscheinenden Heranziehung des Durchschnitts der letzten 10 Jahre. Diese Schätzung wird noch nicht einmal durch den Geschäftsbericht der Rhenag aus dem Jahr 2012 geteilt, die von 25 Mio. Euro statt 35 Mio. Euro Rendite für die nächsten Jahre ausgeht. Darüber hinaus

ist im energiewirtschaftlichen Bereich eine auf 30 Jahre angelegte Renditebetrachtung völlig unseriös. Als Beispiel sei auf die mehrfachen Brüche in der energiewirtschaftlichen Ausrichtung der Republik nach der Katastrophe von Tschernobyl verwiesen, die vor 27,5 Jahren geschah. Wie man auch an den Schwankungen der RWE-Aktien in den letzten Jahren sehen kann, besteht ein enormes Risiko für den Kreis und damit für die in einem Umlageverband faktisch haftenden Kommunen. Bei den RWE-Aktien ist z.B. damit zu rechnen, dass nach der Kommunalwahl eine Korrektur der damals hohen Bewertung aus der Eröffnungsbilanz erfolgen muss. Auch im Falle einer Rhenag-Beteiligung kann nicht einfach die Erlöslage in die Zukunft fortgeschrieben werden. Experten gehen vor dem Hintergrund der Gasvorräte von außerordentlich unsicheren Erlösperspektiven aus. Keineswegs reichen die angenommenen Kreditlaufzeiten für eine sichere Berechnung der Zinslasten über die gesamte Zeit der Tilgung (39,75 Mio. € sollen über ein Darlehen der KfW-Bank mit 10 Jahres-Zinsbindung und 2 tilgungsfreien Jahren zu Beginn aufgenommen werden und 39,75 Mio. € über ein Kreditmarktdarlehen mit 10 jähriger Zinsbindung und 30 Jahren Tilgung). Die Kreisverwaltung geht dabei davon aus, dass auch steigende Zinsen kein wesentliches Risiko darstellen würden, da nach 10 Jahren „nur noch“ 30% oder 23 Mio. € zu tilgen seien. Dies stellt aber ein erhebliches Risiko dar. Es ist keineswegs unwahrscheinlich, dass für die dann folgenden 20 Jahre mit einer Zinsbelastung von 5% oder mehr gerechnet werden muss und gleichzeitig die Erlöse/Dividende eben nicht gehalten werden.

Die behauptete „Umlagesenkung“ ist völlig unseriös und soll Bürgermeister und Räte für ein schlechtes Geschäft einnehmen! Sie kommt über folgende Buchungsfigur zustande: Dividendenertrag für den Kreis (5.263 Mio.), Gewerbesteuerersparnis (260 T. €) und Zinsaufwand (beginnend 1.340 Mio. € absteigend) werden addiert und bspw. für das Jahr 2014 zu einem „Ertragsüberschuss“ zusammengerechnet, welcher durch eine niedrigere Kreisumlage (2014 mit – 0,61%, Tendenz der Senkung fallend) ausgeglichen werden soll. Demgegenüber stehen aber Tilgungszahlungen, die ab 2016 dramatisch ansteigen. (2014/15 jeweils 1.325 Mio.€ und ab 2016 ff bis 2023 5.294 Mio.€). Die Verwaltung schreibt im Nachtragshaushaltsentwurf wörtlich: „Die zu leistenden Tilgungszahlungen sind aus den Zuflüssen liquider Mittel zu finanzieren.“ Und weil dies nicht über Abschreibungen aus Rhenag-Anteilen möglich sei, solle dies aus „Abschreibungen für Anlagevermögen aus der Finanzierung der Pensions- und Beihilferückstellung sowie den Abschreibungen für das Anlagevermögen“ erfolgen, „denen keine unmittelbaren Zahlungen (Mittelabflüsse) gegenüber stehen.“ An dieser Stelle von Buchungstrick zu sprechen, erscheint angebracht, insbesondere mit der vorher herbeigerechneten Umlagesenkung! Diese wäre selbstverständlich im Kreishaushalt aus genau diesen Abschreibungen auch ohne den Umweg über einen Erwerb von Rhenag-Anteilen darzustellen. (Vermerkt sei zusätzlich, dass es sehr wohl schon in der Vergangenheit durch höhere Schlüsselzuweisungen als im Kreishaushalt kalkuliert, durch die nicht im Kreishaushalt angenommene Senkung der Landschaftsverbandsumlage und die ebenfalls nicht kalkulierte einmalige Anpassungszahlung beim Soziallastenansatz Spielräume für weitergehende Senkungen der Kreisumlage gegeben hätte!)

Risiken für kreisangehörige Stadtwerke wie die Stadtwerke Lohmar

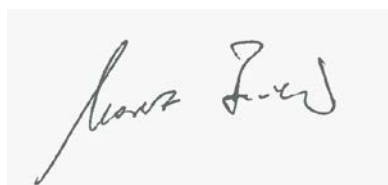
Im Falle der Ausschreibung von Dienstleistungen im Bereich Strom, Gas, Wasser und eventuell Breitband wird die Rhenag und ihr Mutterkonzern RWE auch weiterhin als Konkurrent zu kommunalen Stadtwerken aus dem Kreisgebiet antreten. Bei Vergaben stünden die vergebenden Kommunen vor dem Dilemma, sich im Falle einer Vergabe an solche Stadtwerke gegen die wirtschaftlichen Interessen ihres Umlageverbandes, des Rhein-Sieg-Kreises, zu stellen. Alleine das führt zu einer für alle Beteiligten unzumutbaren Situation und kann von Kreiskommunen mit eigenen Stadtwerken per se nicht akzeptiert werden.

Energiepolitische Betrachtung

Aber auch der behauptete positive Einfluss auf die Gestaltung der Energiewende auch im Rhein-Sieg-Kreis durch den Kauf von Rhenag-Anteilen von dem RSK liegt bei einem 15,1%-Anteil auf keinen Fall vor. Daran ändert auch eine Option auf weiteren Zukauf in Höhe von 10% nichts. Mehrheitseigentümer bliebe das RWE mit seinen nach wie vor der Energiewende entgegenlaufenden Interessen an der Auslastung besonders schmutziger Braunkohlekraftwerke und den Atomkraftwerken. Daher kann auch die Frage unbeantwortet bleiben, inwieweit bei selbst einer 51%-Beteiligung des RSK tatsächlich mit der Rhenag die Energiewende im Kreis gewährleistet werden könnte. Auch da wäre sehr wohl zu hinterfragen, durch welche Regularien und Aufsichtsgremien, die dem Unternehmenswohl (mit dem Miteigentümer RWE) verpflichtet sind, dies gelingen sollte. Bisher in der öffentlichen Diskussion unberücksichtigt ist, dass die Anteile nach Vorstellung der Kreisverwaltung sogar in den gewerblichen Bereich „Versorgung und Verkehr“ eingebracht werden sollen, um Gewerbesteuer zu sparen. Dies macht eine Steuerung endgültig zur Farce, weil dieser Bereich dann wiederum unter dem Gesichtspunkt seiner Unternehmensinteressen (Dividende und sonst nichts!) den gehaltenen Anteil steuern würde. Das Geschäft dient somit offensichtlich dem RWE zur Erhöhung seiner nicht ausreichend für die nächsten Jahre vorhandenen liquiden Mittel, ohne dass Vorteile für den Kreis vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen,

für die Fraktion DIE GRÜNEN im Lohmarer Rat



Horst Becker
